

Die Spätzünderin

Die neue Ratspräsidentin Annemarie von Bidder wurde erst mit 49 Jahren politisch aktiv

VALENTIN KRESSLER

Anfang Februar wird Annemarie von Bidder neue Grossratspräsidentin. Für ihr Präsidialjahr hat sich die EVP-Politikerin einiges vorgenommen.

Über viele Politiker kann man, ohne gross zu recherchieren und ohne lange mit ihnen zu reden, ein Porträt schreiben. Nicht so über die neue Grossratspräsidentin Annemarie von Bidder (64). Obschon sie bereits seit 1997 für die Evangelische Volkspartei (EVP) im Grossen Rat sitzt und damit eine der erfahrensten Basler Parlamentarierinnen überhaupt ist, ist sie einer breiteren Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt. Dies hat durchaus seine Gründe: Von Bidder ist eine typische Mitte-Konspolitikerin, die nicht in erster Linie das Rampenlicht sucht, sondern lieber hinter den Kulissen Kompromisse schmiedet.



Lacht gerne. Die neue Grossratspräsidentin Annemarie von Bidder (EVP, 64) gilt als offen und kommunikativ. Foto Margrit Müller

Politmarketing ist nicht ihr Ding. Im Grossen Rat hat sie in den vergangenen 13 Jahren nur rund ein Dutzend persönliche Vorstösse – so viele wie andere Parlamentarier in einem halben Jahr – eingereicht, die kaum für Aufsehen sorgten. «Ich bin eine Sachpolitikerin und keine Ideologin», sagt von Bidder denn auch gleich zu Beginn des Gesprächs mit der BaZ in der Bar des Restaurants Teufelhof. «Ich bin auch nicht jemand, der alles, was er tut, an die grosse Glocke hängen muss. Ich setze mich lieber dafür ein, in den Kommissionen mehrheitsfähige Lösungen zu finden.»

BELIEBT. Von Bidder war am Mittwoch im Grossen Rat nur mit einem mässigen Resultat zum neuen Grossratspräsidentin gewählt worden (BaZ von Donnerstag). Die freundliche und leutselige EVP-Frau, die viel und gerne lacht, gehört dennoch zu den beliebteren Politikern im Parlament. «Ich mag sie sehr gut», sagt etwa

Baschi Dürr (FDP). «Sie ist eine offene, unvoreingenommene und kommunikative Person.» Ähnlich tönt es bei der Linken: «Sie hat eine emotionale, direkte Art. Sie ist aber auch jemand, mit dem man auf einer sachlichen Ebene gut diskutieren kann», sagt Jürg Stöcklin (Grüne). «Diese Kombination schätze ich sehr.»

Von Bidder ist kein politisches Schwergewicht, sie ist aber auch keine Hinterbänklerin: Seit 2005 sitzt sie im Büro des Grossen Rats und bereits seit 1997 in der einflussreichen Finanzkommission, wo sie damit auch das mit Abstand dienstälteste Mitglied ist. Aufgrund ihrer langjährigen politischen Erfah-

rung darf man sie zu den wichtigeren Finanzpolitikern im Parlament zählen. «Sie ist auch mitverantwortlich für die gute Gesprächskultur in der Finanzkommission», sagt ein Mitglied.

Einer der grössten politischen Erfolge von Bidders war das neue Gastgewerbegesetz, das vom Basler Stimmvolk im Februar 2005 knapp angenommen wurde. Mit gleich drei Vorstössen zu diesem Thema ist sie mitverantwortlich für das Zustandekommen des neuen Gesetzes. «Mit der Liberalisierung war man zu weit gegangen», begründet sie ihr damaliges Engagement. «Das hat zu Exzessen geführt.»

Bemerkenswert an von Bidders Lebenslauf ist insbesondere auch die Tatsache, dass sie erst sehr spät – im Alter von 49 Jahren – in die aktive Politik eingestiegen ist. 1994 wurde sie von der EVP angefragt, ob sie Richterin am Zivilgericht werden wolle. In einer Kampfwahl setzte sich die Kauffrau, die bis Ende des letzten Jahres für zwei Verbände die Geschäftsführung besorgte und zuvor als Assistentin der Geschäftsleitung verschiedener Unternehmen tätig war, damals gegen Andrea Büchler (Frauenliste) durch. Danach ging es sehr schnell: 1997, mit 52 Jahren, wurde sie in den Grossen Rat gewählt, von 2000 bis 2004 war sie zudem Mitglied des Bürgergemeinderats der Stadt Basel.

Ein Grund für von Bidders späten Einstieg in die Politik war, dass ihre Familie wegen der beruflichen Tätigkeit ihres Mannes – einem mittlerweile pensionierten Bautechniker – mehrere Jahre im Ausland verbrachte (vier Jahre in den USA, zwei Jahre in Saudi-Arabien). «Ich habe neunalmlinmal gezügelt, und die Kinder haben fünfmal die Schule gewechselt», sagt von Bidder.

Zur EVP, die damals noch VEV hiess, fand sie, da die Mitte-Partei «christliche Grundwerte» und «gute Köpfe» hatte. Allen voran nennt sie den 2005 verstorbenen ehemaligen Riehener Gemeindepräsidenten Michael Ralth, der 1995/96 auch letzter Grossratspräsident der Partei war. «Er war ein differenzierter und bescheidener Mensch.» Lobend erwähnt sie in diesem Zusammenhang aber auch die beiden neuen SP-Regierungsräte Christoph Brutschin und Hans-Peter Wessels. «Das sind beides keine Ideologen.»

Keine Freude hat von Bidder dagegen am ehemaligen EVP-Präsidenten Heinrich Ueberwasser, der die Mitte-

Partei im vergangenen Sommer von einem Tag auf den anderen in Richtung SVP verlagert hatte. «Heinrich Ueberwasser ging es nicht in erster Linie um die Partei, sondern um sich selber», sagt sie. Mit dem Juristen Leonhard Müller verfüge die EVP unterdessen aber wieder über einen «intelligenten, flotten» Parteipräsidenten.

GLAUBWÜRDIGKEIT. Für ihr Präsidialjahr, das Anfang Februar beginnt, hat sich von Bidder einiges vorgenommen: Sie möchte «die Glaubwürdigkeit der Politik wieder stärken», wie sie im Gespräch mit der BaZ sagt. Sie wolle mithelfen, dass wieder «vermehrt Sachpolitik statt Polemik» betrieben werde. Aktionen, wie jene von SVP-Präsident Sebastian Frehner, der den Legislaturplan der Regierung kürzlich vor laufender «Telebasel»-Kamera zerrissen hatte, goutiert sie überhaupt nicht. «So etwas gehört sich nicht», sagt sie. «Man muss die Arbeit anderer, auch wenn sie einem nicht passt, respektieren.»

Eines wird schnell klar im Gespräch mit von Bidder: Die EVP-Politikerin freut sich sichtlich auf ihr Jahr als Grossratspräsidentin – etwas, das man beim jetzigen Amtsinhaber Patrick Hafner (SVP) zuweilen ein wenig vermisst hat. Ein Wermutstropfen für von Bidder dürfte allerdings sein, dass sie im Präsidialjahr nun bedeutend weniger Zeit haben wird für ihre drei erwachsenen Kinder und die zwei Grosskinder, die sie und ihr Mann regelmässig hüten.

Denn Annemarie von Bidder ist – Politikerin hin oder her – vor allem eines, wie sie auch selber sagt: ein ausgesprochener Familienmensch. Eine weitere Eigenschaft der neuen Grossratspräsidentin, die dem zurzeit stark polarisierten basel-städtischen Parlament nicht schadet.

Massenhaft Mieter betrieben

Gribi-Theurillat droht Strafanzeige

SAMUEL MATTLI

Der Konflikt schweilt seit über vier Jahren, eine Lösung ist noch keine gefunden – doch plötzlich prescht der Liegenschaftsverwalter vor und leitet gegen zahlreiche Mieter der Klingentalparküberbauung die Betreibung ein.

Zwei bis drei Dutzend Mietparteien haben Anfang Woche einen Zahlungsbefehl vom Betreibungsamt Basel-Stadt erhalten, schätzt Beat Leuthardt vom Mieterverband. Die Forderungen an die Bewohner der Grossüberbauung an der Ecke Sperrstrasse/Hammerstrasse liegen jeweils «weit über tausend, teilweise sogar bis gegen 5000 Franken», so Leuthardt.

Der Anlass der Massenbetreibung geht auf Jahr 2005 zurück, als bekannt wurde, dass die IWB über Jahre irrtümlicherweise keine Abwassergebühren für die Liegenschaften verrechnet hatten. Gribi-Theurillat wollte die Nachzahlung vollumfänglich auf die Mieter abwälzen, wogegen der Mieterverband intervenierte. Laut Beat Leuthardt sind die Abwassergebühren bei vielen Mietverträgen der Liegenschaft nämlich gar nicht als Akonto-Nebenkosten ausgewiesen – und somit Teil des fixen Mietzinses. «Diese Kosten sind also bereits bezahlt», so Leuthardt. Die Anwälte des Mieterverbandes und von Gribi-Theurillat stünden nach wie vor in Verhandlungen, die durch das Vorgesprechen des Vermieters gestört worden seien. «Die Betreibungen dienen der Einschüchterung», ist Leuthardt überzeugt. Der Mieterverband prüft nun eine Strafanzeige wegen Nötigung.

Gribi-Theurillat wollte gestern auf Anfrage der BaZ keine Stellung zu den Vorwürfen beziehen.

glückwunsch

103. Geburtstag

Luise Siefert-Grass kann am Sonntag ihren 103. Geburtstag feiern. Sie liest noch jeden Tag die Basler Zeitung und geniesst ihre schöne Wohnung. Wir entbieten der Jubilarin unsere besten Glückwünsche zum hohen Geburtstag.

95. Geburtstag

Am Samstag wird unsere langjährige Abonnentin **Hedy Wälty** 95 Jahre alt. Wir gratulieren der Jubilarin in ihrem Heim an der Tessinstrasse 14 ganz herzlich zum Festtag und wünschen ihr weiterhin alles Gute.

gratulationen@baz.ch

Branchenverbände setzen Gewerbeverband unter Druck

Entscheid über ein Parkplatz-Referendum fällt Anfang nächster Woche

DAVID WEBER

Hinter den Kulissen werden Allianzen für ein Referendum gegen die Abschaffung der Gratsparkplätze geschmiedet.

Die Uhr tickt. Heute ist der Grossratsbeschluss zur Parkraumbewirtschaftung (BaZ von Donnerstag) im Basler Kantonsblatt publiziert. Nun haben die Gegner 40 Tage Zeit, um mit einem Referendum eine Volksabstimmung zu erzwingen. Dafür benötigen sie 2000 Unterschriften.

Bisher glich die Situation einem Schwarz-Peter-Spiel. SVP, FDP, CVP, LDP und Gewerbeverband: Alle würden ein Referendum gegen die Abschaffung der Gratsparkplätze unterstützen – wenn es ein anderer ergreift. Symptomatisch dafür ist eine Medienmitteilung von gestern: «Junge SVP Basel-Stadt fordert Referendum», heisst es dort. Selbst aktiv wird auch die Jungpartei freilich nicht. Die Zurückhaltung hat Gründe. Erstens ist eine Abstimmungskampagne teuer und zweitens sind die Erfolgsaussichten ungewiss. Die Hälfte der Basler Haushalte verfügt über kein eigenes Auto.

«Es würde eine sehr heikle Abstimmung werden», sagt CVP-Präsident Markus Lehmann. Angst vor

einer Niederlage? «Das kann nicht die Frage sein», meint FDP-Präsident Daniel Stolz. Sie müssten sich überlegen, ob sie das Volk entscheiden lassen wollen. «Niemand verliert gern», sagt Lehmann. Aber es gehe auch darum, ein Zeichen zu setzen. «Ein Zeichen für die Nachbarn, für die bürgerlich denkenden Menschen im Kanton und für die Unternehmen», präzisiert Lehmann.

«BEDENKZEIT». Optimistischer gibt sich SVP-Präsident Sebastian Frehner: «Die Abstimmung kann gewonnen werden, wenn alle Kräfte mobilisiert werden.» Deshalb wird derzeit hinter den Kulissen intensiv an einer breiten Referendumsallianz geschmiedet. Nach Angaben des Gewerbeverbands Basel-Stadt wird der Entscheid, Referendum ja oder nein Anfang nächster Woche fallen. Der Verband spürt den Druck seiner Mitglieder. Branchenverbände wie der Malermeisterverband oder die Basler Elektro-Installationsfirmen fordern «ihren» Gewerbeverband auf, das Referendum zu ergreifen.

Doch der Gewerbeverband gibt sich noch etwas «Bedenkzeit», wie Sprecher David Frey sagt. Der Ver-

band lancierte eine Umfrage bei seinen Berufs- und Branchenverbänden, ob sie ein Referendum befürworten und ob sie sich an einer Abstimmungskampagne beteiligen würden. «Die Antworten kommen laufend rein», sagt Frey. Er wolle aber keine «Wasserstandsmeldungen» bekannt geben.

KASERNE. Am Donnerstag beschloss das Parlament gegen den Willen der Mitte-rechts-Politiker auch eine Subventionserhöhung für die Kaserne. Anders als bei der LDP ist bei der FDP auch ein Referendum gegen diesen Beschluss «sehr wohl ein Thema», sagt Stolz. Auch SVP-Mann Frehner hätte Sympathien dafür. «Wir müssen aber Prioritäten setzen», sagt Frehner. Für ihn sei ein Referendum zur Parkraumbewirtschaftung wahrscheinlicher.

Die 40-tägige Referendumsfrist zum Beschluss des Grossen Rats zur Kulturwerkstatt, die jährlich 400'000 Franken mehr erhalten soll, beginnt erst nächste Woche. Da das Parlament erst am Donnerstag darüber entschieden hat, wird der Beschluss im Kantonsblatt vom nächsten Mittwoch publiziert.

ANZEIGE

Schnitzelbänggler-Gen?

Machen Sie den Test im FasnachtsGenDrämmli!

**SAMSTAG 16.1.2010
AESCHENPLATZ**

Weitere Infos unter:
www.valiant.ch/Gen

VALIANT